

Gemeinsam neu starten –
weil wir alle Nürnberg sind

Kooperationsvertrag 2020 – 2026
zwischen CSU und SPD



Inhaltsverzeichnis

	Seite
Präambel	3
Grundlagen unserer Zusammenarbeit	5
Personelles / Vorschlagsrechte	6
Haushalt, Finanzen und Investitionen	7
Wirtschaft	8
Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Wohn- und Flächenpolitik	9
Mobilität	10
Sicherheit, Sauberkeit und Bürgerservice	11
Bildung, Betreuung, Jugend und Sport	12
Soziale Gerechtigkeit, Senioren, Inklusion, Gesundheit und Pflege	14
Klima- und Umweltschutz, Stadtökologie und Grünflächen	16
Kultur, Vielfalt, Diversität und Integration	17
Unsere Stadtverwaltung – attraktiv und digital	19

Präambel

Nürnberg ist eine großartige Metropole mit einer hohen Lebensqualität. Auch in Zeiten des Wandels wollen wir Weichen für die Zukunft Nürnbergs gemeinsam stellen. Wir stehen vor großen Herausforderungen:

Das enorme Bevölkerungswachstum, der anhaltende Strukturwandel, eine zukunftsfähige Mobilität, Schaffung von Wohnraum und gelingende Integration als wechselseitiger Prozess. Dies sind Aufgaben, für die wir Lösungen finden müssen. Wir setzen auf Freiheit, Selbstverantwortung und gute kommunale Angebote. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern und allen ehrenamtlich Engagierten wollen wir Nürnberg zukunftsfähig machen.

Mit diesem Kooperationsvertrag beschreiben beide Parteien von CSU und SPD die Ausgestaltung ihrer Zusammenarbeit.

Der Kooperationsvertrag führt die gemeinsame Stadtratsarbeit aus den letzten Jahren fort und erhebt nicht den Anspruch, alle Projekte und Vorhaben vollständig aufzuführen. Stadtratsbeschlüsse aus der letzten Amtszeit behalten grundsätzlich ihre Gültigkeit.

Gemeinsam wollen wir die Herausforderungen der nächsten Jahre für Nürnberg meistern und unsere Stadt aktiv weiterentwickeln. Unsere Zusammenarbeit ist geprägt vom gemeinsamen Verständnis, die Identität unserer Stadt zu wahren, alle Menschen wert zu schätzen und ihnen Chancen zu ermöglichen.

Unser gemeinsames Ziel ist es zudem, angesichts des Klimawandels unseren Wohlstand und unsere gemeinsamen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Unsere Maßnahmen zum Klimaschutz führen wir fort und entwickeln diese weiter. Die schrittweise Klimaneutralität der Stadtverwaltung bleibt unser Ziel.

Wir wollen das Wachstum unserer Stadt gerecht, sozial und nachhaltig gestalten. Eine vorrangige Aufgabe ist es, für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbare, attraktive und möglichst nachhaltige Mobilitätsangebote in unserer Stadt zu schaffen. Unsere besonderen Bemühungen richten wir zudem auf einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt und das Ziel, Wohnen für alle in jeder Lebenslage zu ermöglichen.

Mit Priorität verfolgen wir darüber hinaus den Ausbau der Bildung mit dem Bau und den Sanierungen unserer Schulen und Kindertagesstätten als wichtigste Zukunftsinvestition, damit alle Kinder mit gleichen Chancen in ihre Zukunft starten. Die Digitalisierung im Bildungsbereich bringen wir voran.

Unser Bündnis ist getragen von gegenseitigem Respekt und Grundvertrauen. Die Solidarität in unserer Stadtgesellschaft wollen wir stärken, alle Bürgerinnen und Bürger haben die gleichen Chancen und alle sollen mitgenommen werden.

CSU und SPD sind sich einig, dass sie die Stadt Nürnberg aus ihrer Geschichte und der daraus resultierenden Verantwortung für die Menschenrechte heraus weiterentwickeln wollen. Unser Leitgedanke bei alledem ist Kultur als Bestandteil elementarer Bürgerrechte und einer von Vielfalt, Geschichtsbewusstsein und Gemeinsamkeit geprägter Stadtgesellschaft. In diesem Sinne wollen wir Kulturhauptstadt Europas 2025 werden. Die Bewerbung ist als Generationenprojekt der ganzen Nürnberger Stadtgesellschaft voranzubringen – im engen Schulterschluss mit den Kunst- und Kulturschaffenden sowie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

Unsere Arbeit orientiert sich an der Lebenssituation der Menschen und der Zukunftsfähigkeit unserer Stadtgesellschaft. Wir stehen als Kooperationspartner für ein Miteinander und wollen allen demokratischen Kräften die Hand reichen und setzen auf moderne Formen der Mitsprache und der Bürgerpartizipation.

Bewältigung der Corona-Krise

Dieser Kooperationsvertrag wird unter Einfluss der aktuellen Corona-Pandemie geschlossen. Die Bewältigung dieser Krise wird Nürnberg in den nächsten Jahren beschäftigen.

Eine Besonderheit dieser Stadtratsperiode besteht insbesondere in den zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhersehbaren Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Nürnberg.

Um den Gesundheitsbereich, das Wirtschaftsleben, den Bildungs-, Betreuungs- und Kulturbereich und alle weiteren durch die Corona-Krise betroffenen Bereiche im Stadtgebiet bestmöglich unterstützen zu können, ist es den Kooperationspartnern ausdrücklich vorbehalten im einvernehmlichen Handeln von den in den Grundlagen unserer Zusammenarbeit benannten Grundsatzthemen abzuweichen. Sowohl auf Einnahmen- als auch auf Ausgabenseite können unübliche bzw. ungeplante Handlungsweisen zwingend erforderlich werden. Dadurch stehen einzelne Maßnahmen unter Finanzierungsvorbehalt bzw. es ergeben sich neue Prioritäten. Die Kooperationspartner sind sich bewusst, dass die Corona-Krise die gesamte Stadtratsperiode beeinflussen wird.

Wir wollen unseren städtischen Beitrag leisten, damit die Betriebe der von der Corona-Krise besonders betroffenen Branchen ihre Zukunft neu aufbauen können.

Grundlagen unserer Zusammenarbeit

CSU und SPD tragen für die gesamte Politik der Kooperation in der Stadtratsperiode 2020-2026 gemeinsam Verantwortung. Bei den nachfolgenden **Grundsatzthemen** muss deshalb Einvernehmen hergestellt werden:

1. Haushaltssatzungen (einschließlich Verschuldung), Steuern, Gebühren, Tarife
2. Personalhaushalt und Referentenwahlen
3. Grundsatzfragen der Stadtentwicklung

In allen anderen Fragen wird eine Einigung wie folgt angestrebt:

1. durch Vorgespräche auf der Ebene der Ausschusssprecher
2. durch Konsultationen auf Ebene des Fraktionsvorstandes / der Fraktionsvorsitzenden
3. durch Konsultationen auf der Ebene der Fraktions- und Parteivorsitzenden beim Oberbürgermeister.

Bei Bedarf kann jederzeit ein **Kooperationsausschuss** bestehend aus je fünf Mitgliedern beider Parteien einberufen werden. Vereinbart wird bereits jetzt, dass dieser Ausschuss jährlich vor Beginn der Haushaltseinbringung tagt.

Für den Fall einer finalen Nichteinigung erfolgt auf Wunsch eines der Partner jeweils eine Vertagung, danach sind beide Fraktionen frei, außer bei den o.g. Grundsatzthemen.

Es wird bekräftigt, dass für die Amtsperiode 2020-2026 die zweite Bürgermeisterin von der CSU (stärkste Fraktion) und der dritte Bürgermeister von der SPD (zweitstärkste Fraktion) vorgeschlagen und mitgetragen wird.

Personelles / Vorschlagsrechte

CSU	SPD
<ul style="list-style-type: none"> • 2. Bürgermeisterin mit dem bisherigen Geschäftsbereich des Kulturreferats • Schul- und Sportreferat • Referat für Wirtschaft • Direktorium für Bürgerservice, Digitales und Recht (Einwohneramt, Ordnungsamt, Standesamt, BANOS, wesentliche Aufgaben im Bereich der Digitalisierung) 	<ul style="list-style-type: none"> • 3. Bürgermeister mit dem bisherigen Geschäftsbereich (SÖR, NürnbergBad, Feuerwehr, Feuerwehrschutzamt, Katastrophenschutz, Frankenstadion, Tiergarten, Außendienst Nürnberg) • Referat für Jugend, Familie und Soziales • Referat für Finanzen, Personal und Organisation
Baureferat (Vorschlagsrecht CSU/SPD ab 2026)	

- Das Vorschlagsrecht für das Umweltreferat verbleibt bis auf Weiteres bei der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN.
- Der CSU steht das Vorschlagsrecht für den Vorsitz der Kinderkommission und im Aufsichtsrat der Noris-Arbeit (NOA) gGmbH zu.
- Der SPD steht das Vorschlagsrecht für den Vorsitz des Jugendhilfeausschusses und im Aufsichtsrat der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft und noris inklusion gGmbH zu.
- Die Ausschussgröße wird für diese Stadtratsperiode auf 14 Mitglieder festgelegt, die Ausschüsse werden nach d'Hondt gebildet.
- Sollte es notwendig sein, dass zwischen den Referaten Änderungen erforderlich sind (Zuständigkeiten), geschieht dies im Einvernehmen der Vertragspartner.

1. Haushalt, Finanzen und Investitionen

Nürnberg hat viel an Lebensqualität zu bieten. Deshalb wächst Nürnberg. Immer mehr Menschen möchten hier leben und arbeiten. Vor allem dieses Stadtwachstum verlangt große Investitionen in die Infrastruktur – insbesondere in den Bereichen Wohnen, Bildung, Kultur und Betreuung sowie ÖPNV und Straßen- und Brückenunterhalt.

- Die Kooperationspartner bekennen sich zum **Investitionskurs** der letzten Jahre und werden diesen auf hohem Niveau fortsetzen.
- Das Finanzreferat legt vor der Sommerpause 2020 eine aktualisierte **Einnahmen- und Ausgabenprognose** vor. Auf dieser Basis beraten die Fraktionen über die Projekte des Mittelfristigen Investitionsplans für 2021ff.
- Die Vertragspartner bekennen sich zur Umsetzung der im „**Szenario 2030**“ enthaltenen Projekte.
- Den Verkauf bzw. einen Teilverkauf von **städtischen Tochterunternehmen** an externe Dritte schließen wir aus.

Die Kooperationspartner verständigen sich auf eine solide Haushaltspolitik mit der grundsätzlichen Zielsetzung eines ausgeglichenen Haushalts und der Begrenzung von Neuverschuldung.

2. Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit

Nürnberg ist ein starker Wirtschaftsstandort mit viel Wertschöpfung in Industrie, Handel und Handwerk. Ein breiter Branchenmix mit vielfältigen Unternehmensstrukturen vom globalen Konzern, über starke Familienunternehmen, darunter viele international agierende Hidden Champions, ein kraftvolles Handwerk, bis hin zu Start-Ups und innovativen Kleinunternehmen. Wir arbeiten dafür, dass das so bleibt und die positive Arbeitsmarktentwicklung der letzten Jahre gesichert wird. Der Erhalt und die Schaffung guter Arbeitsplätze sind uns wichtig. Dabei unterstützen wir die vorhandenen Unternehmen und solche, die sich ansiedeln wollen und stärken gemeinsam mit dem Freistaat Bayern den Hochschul- und Wissenschaftsstandort.

- Wir unterstützen die Gründung einer neuen **Technischen Universität Nürnberg**. Dies umfasst auch die notwendige ÖPNV-Infrastruktur und den Bau notwendiger Studierendenwohnungen.
- Die neue Universität wird Nürnberg als High-Tech-Standort weiteren Schub verleihen. Wichtig ist daher, dass ein hochmoderner, in Zeiten von **Digitaler Transformation und Smart City** intelligenter Campus konzipiert wird, der beste Bedingungen für die Universität, für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierenden, sich dort ansiedelnde Unternehmen ebenso wie aus der Universität entstehende Start-Ups und Spin-Offs bietet.
- Nürnberg ist ein wichtiger **Messe- und Kongressstandort**, den wir weiter stärker wollen. Die Angebotslücke für Konferenzen mittlerer Größe zwischen 500 und 1.000 Teilnehmern werden wir perspektivisch schließen.
- Die Stadt errichtet zur Unterstützung des Handwerks einen **Gewerbehof**.
- Nach dem Vorbild des **ZOLLHOF Tech Inkubators**, der im Bereich digitale Innovationen tätig ist und der von Stadt, Universität und diversen großen Unternehmen getragen wird, braucht es weitere Inkubatoren in den Bereichen Energie, Verkehr und Logistik. Saubere, nachhaltige Energie-, Verkehrs- und Antriebstechnologien sind essentiell für Nürnberg als starken Standort im Bereich Energie, Verkehr, Automobil und Logistik. Wir wollen daher im Umfeld des **Energie Campus Nürnberg** und des Zentrum Wasserstoff Bayern einen Energie- und Logistik-Inkubator.
- Zusammen mit den Branchenvertretern setzen wir das **Einzelhandelskonzept**, aufbauend auf dem im Stadtrat behandelten Gutachten, um.
- Nürnberg ist auf dem besten Wege, zu einem Ort für nachhaltige, intelligente und saubere **Zukunftstechnologien** zu werden. Von hier sollen die Technologien zur **Umsetzung der Energiewende** kommen. Außerdem wollen wir dazu beitragen, dass technische Lösungen für die Verkehrswende und intelligente, vernetzte Mobilität in der Region entwickelt werden können. Wir wollen, dass aus Innovationen eines Tages Produkte und Geschäftsmodelle werden. Daher wollen wir die Rahmenbedingungen schaffen, dass Produktion und Wertschöpfung hier stattfinden.

3. Stadtentwicklung, Wohnungsbau, Wohn- und Flächenpolitik

In einer wachsenden Stadt braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum, Entwicklungsperspektiven für Unternehmen und zugleich mehr grüne Freiflächen. Die dafür notwendigen Flächen sind in Nürnberg aber ein knappes Gut. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum hat für uns oberste Priorität. Auf Grund der stark gestiegenen Grundstücks- und Baukosten besteht preisgünstiger Wohnraum vor allem in Bestandsgebäuden.

- Durch große Anstrengungen bei der Genehmigung und Realisierung von Wohnbauprojekten soll zügig **neuer Wohnraum** geschaffen werden.
- Referatsübergreifend soll eine Strategie entwickelt werden, wie man für eine **Modernisierung der Bestandswohnungen** sorgen kann, ohne über zu hohe Standards und Vorschriften die künftigen Mietpreise hochzutreiben.
- Im Bereich der Neubauprojekte setzen wir uns vor allem für eine Steigerung der Anreize für den sozialen und **geförderten Wohnungsbau** ein. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass mehr Wohnungen altersgerecht, barrierefrei und behindertengerecht gebaut werden.
- Die **WBG** als kommunales Wohnungsbauunternehmen muss dabei weiterhin eine zentrale Rolle spielen.
- Um den **Genehmigungsprozess bei Bauanträgen zu beschleunigen**, entwickelt der Freistaat Bayern gerade ein Konzept zur Genehmigungsfiktion nach Zeitablauf. Die Stadt Nürnberg wird sich – bevor es dieses neue Gesetz unumgänglich machen wird – bereits um eine Neuausrichtung des DLZ Bau bemühen. Ziel muss es sein Bauanträge schnell und kompetent abzuarbeiten.
- Ungenutzte **Dachböden** sollen ausgebaut und für Wohnzwecke genutzt werden. Das **Aufstocken** vorhandener Gebäude für Wohnzwecke soll geprüft und soweit möglich gefördert werden.
- Die Stadt Nürnberg betreibt weiterhin eine **aktive Bodenpolitik**, intensiviert ihre Grundstückskaufbemühungen und verkauft nur in begründeten Einzelfällen Flächen aus städtischem Eigentum. Stattdessen sollen Grundstücke verstärkt in Erbpacht vergeben werden. Damit sollen Grundstücksspekulationen eingedämmt und der politische Gestaltungseinfluss der Stadt gesichert werden.
- Flächenversiegelungen sollen reduziert und **Flächenrecycling** gestärkt werden. So sollen zum Beispiel Discounter-Parkplätze überbaut werden.
- Die Errichtung einer städtischen **Projektentwicklungsgesellschaft** wird geprüft. Diese soll Flächen, ggf. auch Bestandsimmobilien, im städtischen Eigentum gemeinwohlorientiert entwickeln und verfolgt auch das Ziel eines strategischen Immobilienmanagements.
- Das in Auftrag gegebene Gutachten zur **Stadtentwicklungsmaßnahme Marienberg** wird dem Stadtrat noch 2020 vorgelegt und dann wird gemeinsam das weitere Vorgehen besprochen. Die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft soll gegebenenfalls geprüft werden. Enteignungen müssen jedenfalls vermieden werden.
- Das **Knoblauchland** soll als Gemüseanbaugelände der Region und Kulturlandschaft erhalten bleiben. Am gemeinsam verabschiedeten agrarstrukturellen Gutachten und dem Entwicklungskonzept halten wir fest.
- Wir werten unsere **öffentlichen Stadtplätze** weiter auf.
- Die knappen Naturräume (Reichswald, Pegnitztal) sollen erhalten, qualitativ ausgebaut und verbunden werden.

4. Mobilität

Unser verkehrspolitisches Leitbild ist geprägt vom Miteinander der Verkehrsträger. Die Mobilitätswende bleibt eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre. Unser Ziel bleibt es, mehr Menschen für den Umstieg auf den Nahverkehr zu gewinnen und für das Radfahren zu begeistern und insgesamt den Umweltverbund zu stärken. Der Auto- und LKW-Verkehr soll insgesamt reduziert und auf Hauptverkehrsachsen noch stärker gebündelt werden.

- Im Rahmen eines breiten Beteiligungsprozesses wird ein neuer **Masterplan Mobilität** für die Stadt erarbeitet.
- Wir wissen, dass die **Finanzierungsbedingungen im ÖPNV** unzureichend sind, deshalb werden wir uns auf allen politischen Ebenen für eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen des ÖPNV einsetzen. Im Rahmen eines Pilotprojekts soll mit finanzieller Unterstützung des Freistaats ein Abo-Modell entwickelt werden, mit dem man für umgerechnet einen Euro am Tag mit den **öffentlichen Verkehrsmitteln** in der Region mobil sein kann. Für den VGN wird ein vereinfachtes eTicket-Tarifsystem weiterentwickelt.
- Wir treiben den Bau der **Stadt-Umland-Bahn, die Straßenbahnverlängerung** über die Brunecker Straße bis mindestens zum neuen Standort der Bertolt-Brecht-Schule als auch die durch die Minervastraße voran.
- Weitere **Netzerweiterungen** bei Straßenbahn und U-Bahn scheiterten bisher an der standardisierten Bewertung und folglich fehlenden Zuschüssen. Sollten sich die Kriterien des Bundes zugunsten des ÖPNV verbessern, werden wir weitere Netzerweiterungen, z.B. die Stadtbahn nach Kornburg und die **Verlängerung der U 2** nach Stein bzw. Eibach/Reichelsdorf, erneut prioritär prüfen.
- Wir unterstützen einzelne Maßnahmen, um den **Takt für Busse und Bahnen** in Nürnberg zu verbessern.
- Die Wiederbelebung der **Straßenbahn durch die Pirckheimer Straße** wird geprüft.
- Für Nürnberg wird ein **Fußverkehrskonzept** entwickelt.
- In der Stadtplanung orientieren wir uns an der grundsätzlich **autoarmen Quartiersplanung**. Für die **Altstadt** wird ein **Gesamtkonzept** zur Ausweitung der Fußgängerzone, Reduzierung des Autoverkehrs und Steigerung der Aufenthaltsqualität erarbeitet. Die begonnene Neuausrichtung der Parkregelungen in der Innenstadt wird weiter angepasst. Die Verkehrsführung wird neu konzipiert mit dem Ziel den Durchgangsverkehr weiter zu reduzieren. Dabei werden Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung entwickelt, die eine Öffnung der Bergstraße zur innerörtlichen Erschließung wieder ermöglichen. Die Maßnahmen Nägeleinsplatz und Weinmarkt gehen in die weitere Planung und Umsetzung.
- Wir halten am Ausbau des **Frankenschnellwegs als Meilenstein der Stadtreparatur** (Zuwachs von Grün, Reduzierung der Schadstoffbelastung und Lärminderung) fest. Er soll den innerstädtischen Verkehr bündeln. Wir machen uns weiter für eine außergerichtliche Einigung stark, um zeitnah mit dem Bau beginnen zu können.
- Das Konzept zur Errichtung von **Quartiersparkhäusern** wird in den Stadtteilen umgesetzt.
- Die Schaffung von zusätzlichen **P+R-Plätzen** in Nürnberg und in Zusammenarbeit mit der VAG/VGN und den Kommunen in der Metropolregion wird forciert. Dabei ist ein Ersatz für P+R-Flächen an der Bauernfeindstraße zu gewährleisten.
- Eine Ausweitung des **Nightliner-Betriebs auf Donnerstag** soll geprüft werden.
- Das **Fahrrad** nimmt eine wichtige Rolle im Verkehrsmix der Zukunft ein. Daher braucht es auch mehr Platz im öffentlichen Raum. Um das zu erreichen, setzen wir den Ausbau der Radwege und der Radverkehrsinfrastruktur fort. Dafür heben wir den Radwege-Etat schrittweise auf 10 Millionen Euro pro Jahr an. Gleichzeitig stellen wir zusätzliches Personal für die Radwegeplanung ein. Unter Einbeziehung des Runden Tisches Radverkehr werden wir Radvorrangrouten definieren, diese priorisiert in das SöR-Bauprogramm überführen und beginnen mit deren durchgängigem Ausbau. Wo es möglich und wirtschaftlich vertretbar ist, setzen wir auf eine vom Auto- und Fußgängerverkehr baulich getrennte Radinfrastruktur (Protected Bike Lanes, autonome Radwege). Die Radverkehrskampagne „Nürnberg steigt auf“ schreiben wir fort.

5. Sicherheit, Sauberkeit und Bürgerservice

Nürnberg ist eine sichere Großstadt. Wir wollen gemeinsam mit der Polizei und den Rettungsdiensten dafür arbeiten, dass dies so bleibt. Wir wissen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden mancher Bürgerinnen und Bürger nicht der objektiven Lage entspricht. Wir nehmen diese Ängste ernst und treten ihnen auch mit den entsprechenden sicherheitspolitischen, stadtgestalterischen und mit zusätzlichen Sauberkeitsmaßnahmen entgegen.

- Im Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters wird ein **Direktorium für Bürgerservice, Digitales und Recht** geschaffen
- Die Zuständigkeit für die **Feuerwehr und den Katastrophenschutz** sind dem Geschäftsbereich des 3. Bürgermeisters zugeordnet.
- Der erfolgreiche **Sicherheitspakt mit der Polizei** wird fortgesetzt.
- Die **Freiwilligen Feuerwehren** leisten einen wichtigen Beitrag für unser aller Sicherheit in der Stadt. Aus Wertschätzung aber auch technischer Notwendigkeit heraus wird das begonnene Sanierungsprojekt der Feuerwehrgerätehäuser fortgesetzt und zu einem Abschluss gebracht.
- Der **kommunale Außendienst (ADN)** liegt in der Zuständigkeit des 3. Bürgermeisters. Er soll schrittweise weiter personell ausgebaut und gestärkt werden. Er arbeitet im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten der **kommunalen Verkehrsüberwachung (KVÜ)** bei der Dokumentation verkehrsrechtlicher Ordnungswidrigkeiten zu. Die Zuständigkeit der KVÜ wird nach Möglichkeit Schritt für Schritt auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt und personell entsprechend hinterlegt.
- Die **Bußgelder für Müllsünder** werden erhöht, möglichst im Gleichklang mit den Nachbarstädten. **Illegale Müllablagerungen** im öffentlichen Raum sollen verfolgt werden. Hierzu wird der Freistaat Bayern aufgefordert, die entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen.
- Unser erklärtes Ziel ist es weiterhin, die Zahl der **Spielhallen und Wettbüros im Stadtgebiet weiterhin zu reduzieren**. Hierzu werden wir das planungs- und ordnungsrechtliche Instrumentarium der Stadt ausschöpfen. In Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden sind konzertierte Aktionen gegen illegales Glücksspiel zu starten.
- **Organisiertes Betteln** und die dahinterstehenden Strukturen werden **konsequenter bekämpft**.
- **Dunkle Ecken** beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl. Wir wollen deshalb unter dem Motto **Licht schafft Sicherheit** die Beleuchtung im öffentlichen Raum verbessern.
- Für **mehr sichtbare Sauberkeit** werden wir die Melde-App fortentwickeln, einen Sonderfonds zur Beseitigung von illegalen Graffitis anlegen, Aufkleber an Verkehrszeichen konsequent entfernen und die Intervalle für das Leeren der Abfallbehälter optimieren.

6. Bildung, Betreuung, Jugend und Sport

Bildung und Betreuung

Ziel kommunaler Bildungspolitik ist die Verwirklichung von mehr Bildungsgerechtigkeit, damit jede und jeder das eigene Potential entfalten und ein Leben in eigener Verantwortung führen kann. Die demographische Entwicklung mit steigenden Kinder- und Jugendlichenzahlen erfordert besondere Anstrengungen beim Ausbau der Bildungsinfrastruktur für alle Altersgruppen. Neben dem quantitativen Ausbau ist die Qualität der Bildung und Betreuung entscheidend; hierfür ist die Gewinnung von Fachkräften ein wesentlicher Faktor, die es zu intensivieren gilt. Dort wo prekäre Lebenslagen sozialräumlich gehäuft auftreten, sind besondere Unterstützungsangebote erforderlich. Berufsbegleitende Qualifizierung und lebenslanges Lernen mit der Möglichkeit, formale Qualifikationen nachzuholen, sind uns wichtig.

- Wir halten an dem beschlossenen **Schulneubau- und Sanierungsprogramm** fest. Gleichzeitig setzen wir uns für eine flächendeckende und schnelle Verbesserung digitaler Lernstrukturen ein.
- Die Zahl der **Kita-Plätze** und Plätze in der Tagespflege werden in den nächsten Jahren bedarfsgerecht ausgebaut. Den Rechtsansprüchen der Eltern auf Betreuungsplätze und deren frühzeitige Information ist Rechnung zu tragen. Der bevorstehende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ist bedarfsgerecht in sinnvollem Ineinandergreifen schulischer Strukturen und Kindertageseinrichtungen zu planen und umzusetzen. Es wird auf pädagogische Qualität geachtet und auch kleine Träger werden unterstützt.
- Die genannten **Investitionen in die Bildungsinfrastruktur** unserer Stadt haben auch bei den Haushaltsberatungen oberste Priorität.
- Dabei strebt die Stadt an, mindestens eine zweite Grundschule im Modell auszustatten (räumlich und personell) wie die Michael-Ende-Schule.
- Eine hohe Bedeutung wird in der vielfältigen Stadt Integration durch Bildung zuteil, hier insbesondere dem Deutschspracherwerb. Deswegen wird das statusunabhängige kommunale **Programm zum Deutschspracherwerb** weiterentwickelt.
- Der durch den gemeinsamen Jugendhilfe- und Schulausschuss beschlossenen „Nürnberger Weg“ mit räumlich an den Grundschulen verorteter Betreuung ist weiterhin der Regelfall.

Jugend

- Die **Jugendberufsagentur** als rechtskreisübergreifendes Akteursnetzwerk zwischen Stadt (Schule / Jugendhilfe / Bildungsbüro), Staatlicher Schulverwaltung, Arbeitsagentur und Jobcenter wird weiterentwickelt. Die Bündelung von Angeboten und deren Vermittlung, nicht zuletzt in der gemeinsamen Anlaufstelle, wird fortgeführt, damit jede/r Jugendliche in Nürnberg im Übergang Schule – Ausbildung – Beruf einen passenden Anschluss findet. Das Projekt „Schlau“ verbleibt beim Schulbereich.
- Das Jugendamt erarbeitet ein Konzept für eine Einrichtung mit Schwerpunkt **Trend-sport**. Auch den E-Sport werden wir an der Schnittstelle zwischen Jugendkultur und Sport fördern.
- Das Thema **Beteiligung** bleibt wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendpolitik in Nürnberg. Wenn wir Kinder und Jugendliche früh an sie betreffenden Fragen beteiligen, profitieren wir doppelt:
- Wir verbessern unsere **Angebote für junge Menschen** und gleichzeitig stärken wir die Demokratieorientierung der jungen Generation. Insgesamt wird eine nachhaltige Partizipationskultur angestrebt. Dies gilt insbesondere für die neuen Bereiche in der Stadt- und Verkehrsplanung.
- Wir brauchen auch weiterhin räumliche Entwicklung für Plätze an denen sich vor allem junge Menschen treffen können. Dies gilt sowohl für den weiteren Ausbau von **Kinder- und Jugendhäusern** aber auch für Orte der Selbstverwaltung.

Sport

In der Ratsperiode 2014-2020 wurde sehr viel Positives im Sportbereich erreicht. Dieser eingeschlagene Weg wird fortgeführt. Die erhöhten Fördergelder für Baumaßnahmen und der Sonderzuschuss der Stadt Nürnberg zur nachhaltigen Vereinsentwicklung sind zu erhalten und zu verstetigen.

- Die **Sportförderrichtlinien** werden überarbeitet, um Sportvereine mit eigenen Anlagen zu stärken und Trendsport besser fördern zu können.
- Die Umwidmung von Sportflächen zur Sanierung von Sportvereinen soll in Nürnberg die Ausnahme bleiben. Durch geförderte Sportvereins-Kooperationen und Ankauf durch die Stadt sollten solche Flächen dem Sport erhalten bleiben.
- **Schularbeitsgemeinschaften** sind ein wichtiges Instrument um zum einen den Vereinen einen Zugang zu den Schulen und damit zu potentiell neuen Talenten und Mitgliedern zu bieten und zum anderen die Kinder mit Bewegung und neuen Sportarten in Berührung zu bringen. Die aktuellen Fördersätze für die Übungsleiter belaufen sich jedoch nur auf einen Bruchteil des gesetzlichen Mindestlohns. Daher setzt sich die Stadt für eine Verdopplung der Zuschüsse durch den Freistaat ein und wird ihren Beitrag zu einer Aufstockung, zu mindestens auf einen Euro über dem gesetzlichen Mindestlohn, leisten.
- Der **Dutzendteich** ist die einzige innerstädtische Wassersportfläche in Nürnberg. Daher muss die sportliche Nutzung bei der zukünftigen Gestaltung weiterhin die leitende Funktion einnehmen. Wo mit dem Sport vereinbar, sollen Aufwertungen für Ökologie und Naherholung durchgeführt werden.
- Wir schaffen weitere **Bewegungsparks**, als Möglichkeit für alle sich ohne Vereinszwang/-bindung sportlich zu betätigen
- Die bestehenden und in der Planung befindlichen **Bundes- und Landesleistungszentren** in Nürnberg werden in ihrer Entwicklung unterstützt. Vor diesem Hintergrund und auf Basis föderaler Förderzusagen unterstützt die Stadt den DAV beim Bau des Kletterzentrums und den Verein Radrennbahn bei der Realisierung des Velodroms. Die Stadt sucht weiterhin geeignete Standorte für ein Amateureissportzentrum, für den Bundesstützpunkt Ringen und den Landesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik und hilft bei deren Realisierung.
- Die **Wiedereröffnung des Volksbads** wird auf der Basis des vorgelegten Konzepts weiter vorangetrieben.
- Wir bringen ein **Stadionentwicklungskonzept** (Machbarkeitsstudie) auf den Weg, welches auch das Stadionumfeld berücksichtigt. Ziel ist es, eine moderne und leistungsfähige Sport- und Veranstaltungsarena zu errichten. Das Stadion muss so attraktiv sein, dass nationale und internationale Sportgroßereignisse (Fußball-Länderspiele etc.) durchgeführt werden können.

7. Soziale Gerechtigkeit, Senioren, Inklusion, Gesundheit und Pflege

Soziales, Teilhabe und Inklusion

Sozialpolitik in Nürnberg hat zum Ziel, gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen und dabei zu unterstützen, individuelle Hürden zu überwinden, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen, zu geringem Einkommen, einer Behinderung oder aus anderen Gründen bestehen. Die Integration in den Arbeitsmarkt und die Förderung von Beschäftigung und Qualifizierung hat dabei hohe Priorität.

- Die Bekämpfung und Linderung von **Armutsfolgen** bei allen Betroffenen – Kinder, Jugendliche, Familien, Seniorinnen und Senioren – bleibt wichtige Aufgabe. Dabei besteht der kommunale Einfluss weniger darin, das Erwerbs- oder Transfereinkommen zu erhöhen, als vielmehr darin, gesellschaftliche Teilhabe, insbesondere an Bildung, Kultur, Sport und Bewegung, unabhängig vom persönlichen Einkommen zu gewährleisten. Die vorhandenen Spielräume werden wir weiterhin nutzen und Instrumente wie den NürnbergPass stetig weiterentwickeln.
- Arbeit und Qualifizierung ist die beste Armutsprävention. Wir betreiben eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**: Die Stadt nutzt die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente in der Trägerschaft des Jobcenters sowie durch die Tochtergesellschaft NOA, um Langzeitarbeitslosigkeit und Dequalifizierung zu bekämpfen und Teilhabe am Arbeitsmarkt insbesondere für benachteiligte Gruppen zu fördern, etwa durch Fördermaßnahmen oder durch Passiv-Aktiv-Transfer.
- Die **Einrichtungen des Frauen- und Mädchenunterstützungssystems** werden weiter gefördert und aufgebaut.
- Der **Aktionsplan Inklusion** zur Implementierung der UN-Behindertenrechtskonvention wird geschäftsbereichsübergreifend (gesamtstädtische Koordinierungsgruppe unter Federführung der Geschäftsbereiche OBM und Soziales) erstellt und in konkreten Schritten zur Umsetzung gebracht. Externe Akteure werden in geeigneter Weise beteiligt.
- Wir besitzen mit der noris inklusion eine Einrichtung der **Behindertenhilfe in kommunaler Trägerschaft**, deren weitere Entwicklung wir fördern. Hierbei achten wir die Vielfalt der Angebote freier Träger und werden diese in angemessenem Rahmen bei ihrer Weiterentwicklung unterstützen
- Die Stadt erarbeitet ein **Gesamtkonzept für Drogenprävention und -hilfe**. Im Rahmen eines Modellprojekts soll in Abstimmung mit dem Freistaat, der eine entsprechende Genehmigung zu erteilen hat, ein Drogenhilfezentrum geschaffen werden.
- Das Angebot der **Obdachlosenhilfe** wird systematisch analysiert und an veränderte Bedarfe angepasst.
- Die **Vereins- und Ehrenamtsakademie** wird im Kontext der Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch die Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement auf- und ausgebaut. Diese setzt auf vorhandene Strukturen und Kooperationen auf, insbesondere mit dem Bereich Sport und den Bürger- und Vorstadtvereinen. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Stärkung nachbarschaftlicher Netzwerk- und Unterstützungsstrukturen.
- Wir streben einen Ausbau der psychosozialen, gesundheitlichen, kulturellen und sonstigen sozialen Beratungs- und Betreuungsangebote und schützenden Räume für queere Menschen in Nürnberg an und treten als Stadt aktiv für LGBTIQ*-Belange ein.
- Das erfolgreiche **Bündnis für Familien** soll weiterentwickelt werden. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Situation von Alleinerziehenden.

Seniorinnen und Senioren, Gesundheit und Pflege

Nürnberg ist eine Stadt, die Lebensqualität für alle Lebensalter bietet. In der älter werdenden Gesellschaft betrachten wir Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe aller städtischen Handlungsfelder, von Kultur, Engagement und Bildung über Stadtentwicklung und Mobilität bis hin zu Gesundheit und Pflege. Die Bedürfnisse älterer Menschen finden Berücksichtigung, zugleich sind wir dankbar für die Beiträge der älteren Generation zum gelingenden Miteinander.

- Unser **städtisches Klinikum** ist die tragende Säule der Gesundheitsversorgung in Nürnberg. Dies hat sich in der Corona-Krise einmal mehr deutlich gezeigt. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für eine Stärkung und auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens ein.
- **Stadtteilseiniorennetzwerke** und kleinräumige Kooperationen wie z.B. die SIGENA-Stützpunkte der wbg werden beibehalten und weiter ausgebaut. Eine Erweiterung und ein Ausbau der Seniorennetzwerke um generationenübergreifende Angebote wird angestrebt.
- Den **Masterplan für das NürnbergStift** zur Modernisierung und zukunftsgerichteten Weiterentwicklung der bestehenden Standorte verfolgen wir weiter und prüfen die Hinzunahme eines weiteren Standorts im Stadtwesten.
- Gesellschaftliche und technische Innovationen in der Pflege gehen wir mit dem **Pflegepraxiszentrum** aktiv an, um einen wertegeleiteten Umgang mit digitalen Lösungen und innovativer Technik zu gestalten.
- Die **Pflegequalitätsoffensive** verfolgen wir in Kooperation mit den Trägern der stationären Pflege weiter. Besonderes Augenmerk liegt weiterhin auf Erhöhung der Transparenz und einer zukunftsorientierten Angebotsstruktur.

8. Klima- und Umweltschutz, Stadtökologie und Grünflächen

- Wir machen die Stadtverwaltung bis 2035 klimaneutral. Der **Klimafahrplan** wird regelmäßig aktualisiert. Zur Beteiligung der Zivilgesellschaft, Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und fachlichen Beratung wird ein **Nachhaltigkeitsbeirat** eingerichtet.
- Ein Klimafonds zur Bündelung von **Nachhaltigkeits- und Klimaschutzprojekten** wird im städtischen Haushalt in Höhe von insgesamt 120 Mio. (Stadtratsperiode bis 2026) angelegt, um unsere Stadt Schritt für Schritt klimaneutral zu gestalten.
- Die Stadt unterstützt die **regionale Vermarktung von Lebensmitteln**, insbesondere auch aus dem biologischen Anbau. Die Stadt verstärkt den Einsatz regionaler Lebensmittel und von Lebensmitteln aus dem biologischen Anbau in den städtischen Kantinen, Kindertagesstätten und Horten, Schulen sowie in den Krankenhäusern. Bei städtischen Veranstaltungen wird darauf geachtet, dass grundsätzlich Produkte aus dem regionalen Anbau, aus biologischem Anbau und fair gehandelte Produkte zum Einsatz kommen.
- Die Stadt wird durch intensive Beratung und Förderung dazu beitragen, dass Gärten in privatem und öffentlichem Besitz zu Trittsteinen für **Biodiversität und Artenschutz** im Stadtgebiet werden.
- Zur **Dach- und Fassadenbegrünung** bietet die Stadt Beratung für Hausbesitzer, Architekten und das Handwerk an. Bis 2023 werden beispielhafte Dach- und Fassadenbegrünungen an städtischen Gebäuden als Vorzeigeobjekte fertiggestellt.
- **Blockheizkraftwerke** mit Nah- und Fernwärmenetzen sind auszubauen (Tiefes Feld, Neu-Wetzendorf etc.).
- In neue Bebauungspläne sind Maßnahmen zur verstärkten Nutzung von **Solarthermie** und **Photovoltaik** aufzunehmen. Photovoltaik und Solarthermie sind zu stärken und auszubauen und z.B. durch mehr Beratung im Umweltreferat und Ausbau im eigenen Bereich auf städtischen Gebäuden und Freiflächen.
- Zusammen mit Gaststättenbetreibern und Bewirtschaftungsbetrieben sowie dem Einzelhandel, den Betreibern von Verkaufsständen und Schaustellern erarbeitet die Stadt Konzepte zur **Reduzierung von Verpackungen** und Einwegprodukten für alle Verkaufsstände, Märkte und Feste.
- Unser Ziel ist es: Für jedes Neugeborene ein **Baum!**
- Zur Sicherstellung und Verbesserung eines dauerhaften guten Pflegezustandes der Grün- und Parkanlagen bedarf es zur Umsetzung zwischen der Planung und der erstmaligen Herstellung eine stärkere Berücksichtigung beim **Unterhalt in den Bezirken**. Zur dauerhaften Qualitätssicherung sollen daher zukünftig u.a. Ingenieurstellen im Garten- und Landschaftsbau geschaffen werden. Damit kann neben der fachlichen Abarbeitung bezüglich der Grünpflege, auch eine weitere Stärkung der fachlichen Qualität erreicht werden, mit dem Ziel eine noch stärkere Begrünung und bunte Bepflanzung in den Anlagen zu erreichen. Es wird innerhalb der Fachabteilung Grün bei SÖR eine **Stabstelle für Biodiversität** zur Förderung der Artenvielfalt eingerichtet. Der **Masterplan Freiraum**, der zu einer verstärkten Herstellung/Förderung von Grünanlagen geführt hat, wird zeitnah überarbeitet. Das verstärkte Pflanzen von Bäumen im öffentlichen Straßenraum und das aktive und systematische Wässern der Bäume sowie die Umsetzung eines Jungbaumpflegekonzepts wird weiter vorangetrieben. Hierzu streben wir bei SÖR zur Umsetzung neben den erforderlichen Stellen auch zusätzliche Mittel in Höhe von 2 Mio. Euro ab 2021 an.

9. Kultur, Vielfalt, Diversität und Integration

Nürnberg ist eine liberale und weltoffene Stadt, die dem Leitbild der Stadt des Friedens und der Menschenrechte verpflichtet ist. Immer mehr Menschen in der Stadt haben eine familiäre Zuwanderungsgeschichte. Die Vielfalt an Biographien und Lebensentwürfen empfinden wir als einen wesentlichen Teil unserer Stadt. An den bisher geltenden Leitlinien zur Integrationspolitik der Stadt Nürnberg halten wir fest. Integration bleibt deshalb eine Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung und **Gemeinschaftsaufgabe aller Verantwortlichen**.

- Um den wenigen Ermessensspielraum der Kommune bei Entscheidungen im Ausländerrecht für Betroffene in deren Sinne zu nutzen, sollen Einzelfälle zwischen Einwohneramt, Menschenrechtsbüro und Bürgermeisteramt in einem **Beratungsgremium** unter Einbindung der Stadtratsfraktionen (CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen) nachvollziehbar aufgearbeitet werden und im Rahmen des rechtlich Möglichen versucht werden über die Vertreter der Bayerischen Härtefallkommission eine Lösung zu erreichen, um Bleibeperspektiven zu eröffnen. Die Fälle können von allen Mitgliedern des Gremiums eingebracht werden.
- Angebote der Beratung für Zugewanderte werden unter Beibehaltung der Konzeption der Zentralen Anlaufstelle Migration evaluiert und fortentwickelt.
- Die Stadt Nürnberg unterstützt die **Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion** dabei, eine dauerhafte Finanzierungsgrundlage für ihre Arbeit zu erhalten.

Kultur

Wir verstehen den Begriff Kultur in einem erweiterten Sinn, d. h. als das Medium, das alle gesellschaftlichen Bereiche unseres Zusammenlebens im demokratischen Sinn gestaltet. Dabei haben wir alle Menschen im Blick, gleich welchen Alters, gleich welcher Herkunft. So sehen wir die einzelnen Kunst- und Kultursparten als gleichberechtigt an, begrüßen ihre Verschränkungen und Transformationen. Wir lehnen eine Trennung von Hoch- und Soziokultur ab, fördern alle Sparten gleichermaßen, und beziehen hier den Bereich von Subkultur mit ein. Für uns steht im Bereich der kulturellen Bildung das Verbindende im Vordergrund. Unser Ziel ist es, die reiche, hoch differenzierte Kulturlandschaft Nürnbergs nicht nur zu erhalten, sondern darüber hinaus auch ihre Weiterentwicklung zu befördern. Dabei verfolgen unsere Vorgehensweise und unser Handeln den ständigen Einsatz für ein Bürgerrecht auf Kultur in Sinne einer, von Weltoffenheit, Gemeinsinn, Geschichtsbewusstsein und Interkulturalität geprägten Stadtgesellschaft.

- Wir wollen **Kulturhauptstadt Europas 2025** werden und wollen die Bewerbung als Generationenprojekt der ganzen Nürnberger Stadtgesellschaft voranbringen – im engen Schulterschluss mit den Kunst- und Kulturschaffenden sowie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.
- Die Fördermittel für die **freie Szene** werden sukzessive aufgestockt sowie neue Fördermaßnahmen aufgesetzt. Ein „Alternativtopf“ wird eingeführt.
- Die Ansätze aus der **Kulturstrategie** werden weiterverfolgt und vertieft.
- Wir stehen zu einer lebendigen **Großstadtkultur** mit einer vitalen Bar-, Club-, Kneipen- und freien Theaterszene und einem spannenden Nachtleben für Einheimische und Gäste.
- Die **Museen der Stadt Nürnberg** werden wir stärken, konzeptionell überarbeiten und somit zukunftsfähig machen.
- Die generationsübergreifenden, interdisziplinären Einrichtungen der **Soziokultur** sind für uns unverzichtbare Errungenschaften der Nürnberger Kulturlandschaft und diversen Stadtgesellschaft. Das gilt besonders für die Kulturläden mit ihrer starken Verankerung in den Stadtteilen. Die soziokulturellen Einrichtungen wollen wir bei ihrer Weiterentwicklung, Modernisierung und Profilbildung unterstützen. Für das Vereinsleben in den Stadtteilen wollen wir Raumangebote schaffen. Für uns ist diese Form von Kulturarbeit ein ganz wichtiger Teil der Stadtentwicklung. Deshalb muss sich die Vielfalt unserer Bevölkerung noch stärker in unserem sowohl inklusiven als auch transkulturellen kulturpolitischen Handeln widerspiegeln.

- Wir bauen die **kulturelle Infrastruktur** weiter aus, z. B. durch das Konzerthaus, das Haus des Spielens, die dringend erforderliche Sanierung des Opernhauses und die Generalsanierung der Meistersingerhalle mit Erweiterung zu einem Kultur- und Kongresszentrum mit kulturellem Schwerpunkt. Die soziokulturelle Infrastruktur ist weiterzuentwickeln.
- Mehr und mehr Kulturschaffenden fehlt es an **bezahlbaren Räumlichkeiten**. Die Stadt wird deshalb dazu beitragen, dass weitere kulturelle Ermöglichungsräume wie Ateliers, musikalische Proberäume, z.B. in der Kongresshalle, geschaffen werden.
- Einen besonderen Stellenwert nimmt das Thema **Erinnerungskultur** ein. So ist es unser erklärtes Ziel, den bisherigen Weg im Umgang mit dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände konsequent weiterzuverfolgen. Dabei ist es wichtig, sowohl die baulichen und didaktischen Planungen im Bereich Zeppelinfeld und Zeppelintribüne, Erweiterung Dokumentationszentrum wie auch den Ausbau des Memoriums Saal 600 umzusetzen. Dabei wird weiter auf die Verknüpfung mit dem Themenfeld Nürnberg als Stadt des Friedens und der Menschenrechte geachtet.

10. Unsere Stadtverwaltung – attraktiv und digital

Unsere Stadtverwaltung erbringt mit ihren mehr als 11.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vielfältige Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Um die **hohe Dienstleistungsqualität** zu erhalten und auszubauen, wollen wir ein moderner, **attraktiver und familienfreundlicher Arbeitgeber** für unser Personal sein. Gute Entwicklungsmöglichkeiten, moderne Bürowelten, mobiles Arbeiten, Homeoffice und flexible Arbeitszeiten werden wir weiterentwickeln. Die Arbeitsplätze bei der Stadt bleiben sicher. Gleichzeitig bauen wir unseren Bürgerservice und unsere digitalen Angebote weiter aus. Das Ziel ist, bis 2026 alle wesentlichen Dienstleistungen digital anzubieten. Dabei gilt für uns auch künftig, dass unsere Ämter persönlich erreichbar sind, also „digital first, but not only“.

- Bis 2024 eröffnen wir ein modernes Sozialrathaus im ehemaligen Quellegebäude mit dem Jugend-, dem Sozial- und dem Ausländeramt.
- Wir bauen ein **neues Bürgeramt** im Nürnberger Westen, um auch dort dezentral eine städtische Anlaufstelle zu bieten. Damit entlasten wir auch das Einwohnermeldeamt in der Innenstadt. Dabei helfen auch die **neuen Kundencenter in Sparkassenfilialen** als Angebot vor Ort, das wir sukzessive ausbauen wollen.
- Unsere Serviceplattform „Mein Nürnberg“ wird zum virtuellen Bürgeramt für alle Online-Dienstleistungen der Stadt. Medienbruchfrei, schnell, datengeschützt können alle Bürgerinnen und Bürger mit uns kommunizieren und ihre Leistungen abrufen. Auch unsere Verwaltung selbst wird sukzessive auf digitale Prozesse und Leistungserbringung umgestellt. Ziel dabei ist eine moderne digitale Stadtverwaltung, die mit den schnellen Entwicklungen in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt hält.

Gemeinsam neu starten –
weil wir alle Nürnberg sind

Kooperationsvertrag 2020 – 2026 zwischen CSU und SPD

Nürnberg, den 07.05.2020

Andreas Krieglstein
Fraktionsvorsitzender
CSU-Stadtratsfraktion Nürnberg

Thorsten Brehm
Partei- und Fraktionsvorsitzender
SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg

Prof. Dr. Julia Lehner
Stv. Bezirksvorsitzende
CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach

Nasser Ahmed
Stv. Parteivorsitzender
SPD Nürnberg

